
Zusammenfassung der Diskussion zu den Vorträgen I

Martin Elsner, Benedikt Peppinghaus, Henrik Schwarz

Moderation: Ernst G. John, Universität Göttingen

Wortmeldungen: Greubel, Ludzay, John, Manfraß, Peppinghaus, Riedel, Rosenheck, Stamm-Riemer, Wegmann

Ein Schwerpunkt der Diskussion ist die zunehmende Vielfalt an kaufmännischen Berufen. Weniger Berufe mit höheren Auszubildendenzahlen erleichtern die Sicherstellung des fachbezogenen Berufsschulunterrichts und eine ortsnahe Beschulung. Allerdings - so ein Diskussionsbeitrag - ist zu beobachten, dass die Betriebe in den letzten Jahren Spezialberufe den Querschnittsberufen (z.B. Kaufmann/-frau für Bürokommunikation) vorziehen. Die Berufsschulen als Dienstleister für den Arbeitsmarkt seien deshalb genötigt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den berufsspezifischen Fachunterricht anzubieten.

Interessant sei ein Blick auf die Situation in der Schweiz: Vom Grundsatz her sei die kaufmännische Ausbildung (in der Schweiz „Grundbildung“ genannt) nicht branchenspezifisch angelegt; doch sei ein Trend zu Branchenlösungen unverkennbar.

Die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber betonen, dass sie sich nur nach gründlicher Prü-

fung für neue Ausbildungsberufe einsetzen. Wenn berufliche Aufgaben professioneller wahrgenommen werden müssten, könne das auch zu neuen Berufen führen; dies gelte z.B. für den Call-Center-Bereich (Kaufmann/-frau für Dialogmarketing) und die Markt- und Sozialforschung. Wenn die Kultusministerien sich nicht hinter angeblichen rechtlichen Problemen versteckten, könnten auch Bildungseinrichtungen der Wirtschaft anstelle der Berufsschulen Teile des Fachunterrichts übernehmen.

Wolfgang Kehl hebt hervor, letztlich gehe es um einen Konflikt zwischen dem einzelbetrieblichen Interesse an einer Qualifizierung für den eigenen Bedarf und beruflicher Bildung als gesamtgesellschaftlicher Aufgabe; dieser Konflikt müsse gelöst werden.

Diskussionsthema ist auch die Frage: Nach welchen Kriterien sollen kaufmännische Berufe geschnitten sein?

Es wird daran erinnert, dass die Kultusministerkonferenz Ende der Neunzigerjahre das Konzept der Basisberufe ins Gespräch gebracht habe. Wenn die Ausbildung dazu führen solle, dass die Ausbildungsabsolvent(inn)en eigenverantwortlich beruflich tätig seien, führe die Rückbesinnung auf die berufliche Grundbildung wohl nicht weiter.

Es wird gefragt, ob die Qualifikationsanforderungen an Kaufleute tatsächlich vorrangig durch die Branchenzugehörigkeit bestimmt werden oder nicht völlig andere Kriterien maßgebend seien - z.B. die Größe des Betriebs oder die Rolle des Beschäftigten in der Wertschöpfung.

Es wird bezweifelt, ob Dostals Unterscheidung zwischen Kaufleuten als Unternehmer(inne)n, Sachbearbeiter(inne)n und Berater(inne)n als Grundlage für die Gestaltung von Berufsprofilen geeignet sei. Wolfgang Kehl hebt hervor, dass die Dostal'sche Einteilung wichtige Unterschiede in den Kompetenzanforderungen deutlich mache; z.B. benötigten externe Dienstleister häufig ein wesentlich tieferes fachliches Know-how, als es üblicherweise in den outsourcenden Unternehmen vorhanden sei.

Ernst G. John fragt, ob die Berufe nicht deutlicher nach den Zugangsvoraussetzungen unterschieden werden müssten, ob z.B. unternehmerische Aufgaben nicht typischerweise für Abiturient(inn)en in Frage kämen, während die kompetente Sachbearbeitung Aufgabe von Real-schulabgänger(inn)en sei.

Rainer Brötz sieht die Notwendigkeit einer Klärung dessen, was Kaufleute auszeichne und nach welchen Kriterien sich kaufmännische Berufe voneinander abgrenzen lassen. Neue Dienstleistungsberufe (z.B. Fachkraft für Schutz und Sicherheit) enthielten zum Teil keine kaufmännischen Anforderungen. Die Klassifizierung der Berufe in der Statistik - u.a. die Unterscheidung zwischen primären und sekundären Dienstleistungsberufen - sei nicht hilfreich. Unklar sei auch, ob von Kaufleuten nur mehr unternehmerisches Denken verlangt werde oder ob sie häu-

figer als in der Vergangenheit selbst als Unternehmerinnen oder Unternehmer tätig seien.

In der Diskussion wird auch auf den Vorschlag eines Ausbildungsberufs „Kaufmann/-frau für Rechnungslegung“ verwiesen; es ist aber nicht bekannt, ob der Vorschlag von Sozialparteien, Bund und Ländern aufgegriffen wird.

Die Diskussion beschäftigt sich ferner mit dem Verhältnis zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung.

Während Rainer Brötz darauf hinweist, dass berufliche Bildung häufig nur als „zweitbesten Bildungsweg“ angesehen wird und die Durchlässigkeit fehle, setzt sich eine Diskussionsteilnehmerin für ein Ende des Konkurrenzdenkens zwischen den verschiedenen Säulen des Bildungssystems ein; auch Berufstätige sollten Durchstiegsmöglichkeiten in den tertiären Bereich erhalten.

Wolfgang Kehl erwartet einen Wettbewerb der verschiedenen Zweige des Bildungssystems um Auszubildende und Studienbewerber(innen). Auch die Hochschulen würden in Zukunft voraussichtlich mehr praxisorientierte Bachelorstudiengänge anbieten. Weil der Staat nur für etwa ein Viertel der Bachelor-Absolvent(inn)en Master-Studiengänge finanzieren wolle, müssten die Hochschulen möglichst viele Bachelor-Student(inn)en rekrutieren. Deshalb seien sie bereit, Bachelor-Studiengänge sehr berufsorientiert zu gestalten. Mit hochwertigen Berufen könnten die duale und die vollzeitschulische Berufsbildung in diesem Wettbewerb aber durchaus bestehen. Bankkaufleute mit Abitur erfüllten die Voraussetzungen, um schon in einem Jahr einen Bachelor-Abschluss zu erlangen.